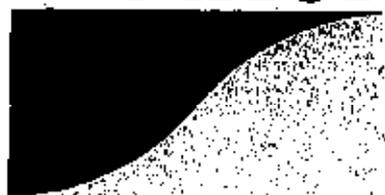


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

Hans Matthöfer MdB, Bundesminister der Finanzen, zum zweijährigen Bestehen des Europäischen Währungssystems: Für den wirtschaftlichen Integrationsprozeß Europas nützlich.  
Seite 1-3

Eugen Glombig zum 22. Welttag der Behinderten: Appell zur Initiative.  
Seite 4/5

Wilhelm Nöbel MdB antwortet dem BDI-Geschäftsführer Mann: Schwer verständliche Prinzipien.  
Seite 6/7

### Dokumentation

Willy Brandt zum Zustand der CDU nach dem Mannheimer Parteitag: Kohls Strategie zwischen Hoffen und Bangen.  
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 50

19. März 1981

Zwei Jahre EWS

-----  
Für den wirtschaftlichen Integrationsprozeß Europas nützlich

Von Hans Matthöfer MdB  
Bundesminister der Finanzen

Als am 13. März 1979 das Europäische Währungssystem in Gang gesetzt wurde, hat es an skeptischen und warnenden Stimmen nicht gefehlt. Andere - auch die Bundesregierung - verwiesen auf die Chance, dem europäischen Integrationsprozeß neue Impulse zu geben und die wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten einen Schritt voranzubringen. Welche Bilanz läßt sich nach zwei Jahren ziehen?

Zunächst zu unseren Erfahrungen: In der Vorbereitungszeit auf das EWS sah niemand voraus, welchen starken Belastungen das System in den kommenden Jahren ausgesetzt sein würde. So konnte der spektakuläre Umschwung in den Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten, der insbesondere vom Ölpreisanstieg ausgelöst wurde, nicht ohne Wirkung auf die Wechselkursentwicklung im EWS bleiben. Während die Europäische Gemeinschaft 1978 noch einen Leistungsbilanzüberschuß von 15 Milliarden Dollar vorweisen konnte, war im vergangenen Jahr ein Gesamtdefizit von rund 45 Milliarden Dollar zu verkräften. Für Deutschland war der Swing noch ausgeprägter: Der Überschuß von 8,7 Milliarden Dollar 1978 schlug in ein Defizit von 15,5 Milliarden Dollar 1980 um - ein Umschwung von 24,2 Milliarden Dollar in zwei Jahren! Diese Verschlechterung unserer Leistungsbilanz ging einher mit heftigen Schwankungen des DM-Dollar-Kurses. Der Dollar wertete 1979 zunächst auf einen Tiefststand von 1,71 DM (3. Januar 1980) ab und stieg dann zu einem Spitzenkurs von 2,25 DM je Dollar am 16. Februar 1981 auf; einen Ausschlag des Dollarkurses von rund 32 Prozent in einem einzigen Jahr. Ein größeres Zinsgefälle tat ein Übriges. Die Kapitalströme kehrten sich in Richtung auf die USA um. Von dieser Entwicklung war die DM aufgrund ihrer wachsenden Rolle als internationale Anlage- und Reservewährung stärker betroffen als die meisten anderen EWS-Währungen.



Trotz dieser weltwirtschaftlichen Turbulenzen hat sich das EWS in den zwei Jahren seines Bestehens als stabilisierende Kraft nach innen und außen erwiesen. Drei Aspekte möchte ich hier hervorheben:

**Erstens:** Das EWS hat die Wechselkursentwicklung der Teilnehmerstaaten im Verhältnis zueinander verstetigt und dem Innergemeinschaftlichen Handel eine sicherere Kalkulationsbasis gegeben. Die EG-Kommission hat errechnet, daß die Schwankungen der EWS-Währungen gegeneinander im Durchschnitt deutlich geringer als in den Vorjahren war seit Beginn des EWS. Dies gilt sowohl für Währungen, die bis 1979 getrennt gefloated hatten als auch für die Währungen der früheren "Währungsschlange". Die Intensivierung der währungspolitischen Zusammenarbeit und die bessere Abstimmung der Geld-, Zins- und Wechselkurspolitik konnten ernsthaften Spannungen im System vorbeugen. Dadurch hielten sich auch die Kursschwankungen innerhalb des Währungsbandes in engen Grenzen. Zeitweilige Ausschöpfungen des Währungsbandes sind ein "normaler" Vorgang, da die Schwankungsbreite den Zufälligkeiten des Devisenmarktes Rechnung trägt. Soweit es zu unerwünschten Devisenzuflüssen infolge von Interventionen der Notenbanken kam, flossen diese "heißen" Gelder in der Folgezeit meist wieder schnell ab. Sie führten auch in der Bundesrepublik niemals zu einem Inflationsimport, wie von Kritikern des Systems befürchtet worden war.

**Zweitens:** Das EWS hat auch stabilisierend auf das internationale Währungsgefüge gewirkt. Es dämpfte zumindest tendenziell die Ausschläge einzelner EWS-Währungen gegenüber dem Dollar. Ohne EWS hätten wir vermutlich noch stärkere Kursschwankungen des DM-Dollar-Kurses erlebt. Drittlandswährungen, wie etwa der Yen oder das britische Pfund, mußten in den letzten zwei Jahren weit kräftigere Schwankungen gegenüber dem Dollar hinnehmen: Im Jahresdurchschnitt 1980 lag der Durchschnitt der Gemeinschaftswährungen - gemessen am ECU - gegenüber dem Dollar nur um 2,8 Prozent über dem Mittelwert des ersten Vierteljahres 1979, während der Yen im gleichen Zeitraum gegenüber dem Dollar um elf Prozent abwertete und das britische Pfund um 15 Prozent aufwertete.

**Drittens:** Das EWS wirkt dem Preisanstieg im EWS-Raum entgegen und unterstützte die Stabilisierungsanstrengungen bei uns und bei unseren Partnern. Das System hat die stabilitätspolitischen Anstrengungen in ihren Wirkungen zweifellos gefördert; die verstärkten Bemühungen um Eindämmung inflationärer Tendenzen sind kein Zufall. Darüber hinaus verhinderte die relative Wechselkursstabilität im EWS abwertungsbedingte Verteuerungen der Importe aus dem EWS-Raum. Immerhin stammt inzwischen fast die Hälfte aller Einfuhren der EWS-Teilnehmer aus Ländern des Verbundes. Bei der Bewertung der Zunahme der Inflationsraten seit der Ölpreisexplosion vor zwei Jahren ist zu berücksichtigen, wie groß der Preisauftrieb ohne den stabilitätspolitischen Konsens und die preisdämpfenden Auswirkungen des EWS gewesen wäre, auf die wir gerade in diesen weltwirtschaftlich unruhigen Zeiten am wenigsten verzichten können.

Während die Kritik am EWS sich zuerst vorwiegend auf die Gefahr eines möglichen Inflationsimports bei festen Wechselkursen konzentrierte, wird heute in Teilen der Öffentlichkeit die gegenteilige Gefahr beschworen. Es wird behauptet, das EWS wirke als "Wechselkursfalle", da stabile Kurserwartungen angesichts des Zinsgefälles zum Ausland zu unerwünschten Kapitalexporten führten und einer konjunkturpolitisch erwünschten Lockerung unserer Geldpolitik entgegenwirkten. Als die DM Anfang 1981 im EWS unter Druck geriet, wurde deshalb die Möglichkeit einer Auflockerung der Wechselkursstruktur etwa in Form einer Erweiterung der Bandbreite oder einer zeitweisen "Beurlaubung" der DM von ihren Interventionspflichten empfohlen.

Ich habe mich stets gegen solche Ratschläge ausgesprochen. Eine wie auch immer geartete Abwertung der DM hätte uns bestenfalls eine kurze Atempause verschaffen, aber nicht die dahinterstehenden Probleme lösen können. Unser geldpolitischer Spielraum wurde nicht



durch das EWS, sondern in erster Linie durch die Entwicklung des Dollarkurses zur DM begrenzt, in der sich unter anderem das hohe Zinsgefälle zu den USA und das große deutsche Leistungsbilanzdefizit widerspiegeln. Die DM-Schwäche im EWS war nur eine Folge davon, daß unsere Währung gegenüber dem Dollar stärker abwertete als andere EWS-Währungen. Hätten wir in dieser Situation die DM gegenüber anderen EWS-Währungen absinken lassen, so hätten wir den Zielkonflikt nicht gelöst, weil sich damit an den Bestimmungsfaktoren des DM-Dollar-Kurses nichts geändert hätte. Die unmittelbare Folge wäre vielmehr eine Verteuerung unserer Importe aus den EG-Ländern mit entsprechend nachteiligen Auswirkungen auf unser internes Preisniveau gewesen. Inzwischen hat der Druck auf die DM im EWS wieder nachgelassen. Sie liegt seit Anfang März wieder im oberen Bereich des Währungsbandes.

Das Argument der "Wechselkursfalle" ist aber auch deshalb falsch, weil das EWS keine Festkursgarantie bietet. Schon das jeweilige Währungsband läßt Raum für beträchtliche Kursschwankungen bis zu 4 1/2 Prozent im Zeitablauf. Wer beispielsweise Anfang Februar 1981, als die DM im Band um rund 2 1/4 Prozent unter dem FF lag, die damals bestehende Zinsdifferenz zu Frankreich ausnutzte, mußte inzwischen erhebliche Verluste hinnehmen: Der Wechselkursverlust von etwa 2,3 Prozent übersteigt den zusätzlichen Zinsertrag über einen Zeitraum von sechs Wochen (Brutto-Zinsdifferenz zu Frankreich bei drei Monatsgeldern knapp zwei Prozent auf Jahresbasis) bei weitem. Darüber hinaus sind Leitkursänderungen bei Verschiebung der wirtschaftlichen Grunddaten ausdrücklich vorgesehen und 1979 auch erfolgreich durchgeführt worden.

Angesichts der ermutigenden Erfahrungen mit dem EWS hat der Europäische Rat im Dezember 1980 seine Entschlossenheit bekräftigt, das EWS weiter zu stärken, um es im geeigneten Moment in die Endphase zu überführen. Die ursprünglich auf zwei Jahre begrenzte Übergangszeit wurde verlängert, um ein ausgereiftes Konzept zu entwickeln. Diese Verschiebung hat angesichts der Dollar-Turbulenzen der letzten Monate sicher auch ihre Vorteile. Der Eintritt in die Endphase kann von gewissen Übergangsschwierigkeiten begleitet sein und man sollte, wenn die Zeichen auf Sturm stehen, möglichst alle Risiken für den schon erreichten Integrationsstand vermeiden.

Wir werden die Verlängerung der Übergangszeit zu nutzen wissen. Die währungspolitische Zusammenarbeit muß intensiviert werden und wir sollten auch die Rolle des ECU weiter stärken. Die zuständigen Gemeinschaftsgremien arbeiten seit geraumer Zeit an Lösungsvorschlägen für eine optimale Ausgestaltung des endgültigen Systems. Die Weiterentwicklung umfaßt drei große Themenbereiche:

- Die Ausstattung des Europäischen Währungsfonds mit sachlichen und institutionellen Kompetenzen.
- Die Konsolidierung der gemeinschaftlichen Kreditmechanismen für Zahlungsbilanzzwecke.
- Die Ausweitung des Verwendungsbereichs der ECU.

Für den Fonds und die Konsolidierung der Kreditmechanismen werden gegenwärtig eine Reihe von Modellen diskutiert, deren Auswirkungen auf die verschiedensten Bereiche noch eingehend zu prüfen sind. Die Bundesregierung wird dabei alle Lösungsansätze unterstützen, die ihr geeignet erscheinen, nicht nur den währungspolitischen, sondern auch den wirtschaftlichen Integrationsprozeß in Europa zu fördern. (-/13.3.1981/ks/ca)

+ + +



**Appell zur Initiative**  
-----**Zum 22. Welttag der Behinderten am Sonntag****Von Eugen Glombig MdB****Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion**

Jedes Jahr wird im März der Welttag der Behinderten begangen. Er findet dieses Jahr im Internationalen Jahr der Behinderten 1981 statt. Er verliert deshalb nicht an Bedeutung. Wie alljährlich erinnert er auch in diesem Jahr an die Arbeit, die kontinuierlich für die Ein- und Wiedereingliederung Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft geleistet wird und geleistet werden muß.

Der Welttag der Behinderten ist alljährlich Gelegenheit, mit den Erfolgen, aber insbesondere auch mit den noch ungelösten Problemen der Eingliederung Behinderter an die Öffentlichkeit zu treten. Dies ist in diesem Internationalen Jahr der Behinderten 1981 umso notwendiger, als die bisherige Sozialpolitik für Behinderte trotz ihrer unbestreitbaren Erfolge in die Länge schmäher Kritik genommen wird von den einen, die glauben es sei viel zuviel für die Behinderten geschehen, und von den anderen, die - zum Teil mit gutem Recht, zum Teil zu unrecht feststellen, daß immer noch zu wenig insbesondere für die soziale Integration Schwerstbehinderter getan worden ist.

Dies sind die wichtigsten Probleme, die gelöst werden müssen:

- Die Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter ist erschreckend hoch. 81.000 Schwerbehinderte waren im Februar 1981 arbeitslos. Dieser Tag ist ein Anlaß, an alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber zu appellieren, ihre Beschäftigungspflicht zu erfüllen. Wo die Beschäftigungspflicht nicht erfüllt wird, muß Ausgleichsabgabe gezahlt werden. Die Ausgleichsabgabe hat eine Ausgleichs- und Antriebsfunktion. Damit diese Funktion erhalten bleiben kann, muß die Ausgleichsabgabe drastisch erhöht werden. Nur so kann vermieden werden, daß Arbeitgeber sich von ihrer Beschäftigungspflicht freikaufen können.
- Die Bemühungen um soziale Integration, insbesondere junger Schwerstbehinderter, aber auch der geistig und seelisch Behinderten müssen erheblich verstärkt werden. Nachgehende Hilfen, die nach erfolgreicher beruflicher Rehabilitation die soziale Integration fördern sollen, werden immer noch nur unzulänglich angeboten.



- Die jungen Schwerstbehinderten, die, wenn andere Jugendliche erwerbstätig werden, bereits erwerbsunfähig sind, müssen die Chance erhalten, in wirtschaftlicher Unabhängigkeit ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Deshalb gehört der Vorschlag des Sozialpolitischen Programms der SPD auf die politische Tagesordnung, unter finanzieller Beteiligung von Bund, Ländern und Gemeinden eine Behindertenrente zu schaffen.
- Die Lebenssituation pflegebedürftiger Behinderter bedarf dringend einer Verbesserung. Die ambulante pflegerische und soziale Versorgung muß weiter ausgebaut und angemessen sichergestellt werden, um pflegebedürftige Behinderte, die heute noch allein auf Heimunterbringung angewiesen sind, das Verbleiben in ihrer Familie beziehungsweise in ihrer eigenen Wohnung oder aber für sie neue Selbständigkeit zu ermöglichen. Wir Sozialdemokraten wollen alle, die Schwerstbehinderte pflegen und deshalb auf eigene Erwerbstätigkeit verzichten, in den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen.
- Das Rehabilitations- und Behindertenrecht muß weiterentwickelt und durchgesetzt werden. Mängel in der Praxis der Rehabilitation sind bei der bestehenden Vielzahl von Rehabilitationsträgern durch Koordinations- und Kooperationsprobleme bedingt. Hier muß zumindest ein neuer Weg zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften gegangen werden. Um diesen von der Bundesregierung vorgeschlagenen Weg gehen zu können, bedarf es der Überwindung des Institutionsegoismus.
- Auskunft und Beratung muß den Behinderten überall ohne Beschwerden zur Verfügung gestellt werden. Sie dürfen nicht von einer Behörde zur anderen geschickt werden.
- Neben der Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten stellen die architektonischen und technischen Barrieren in Ihrer Umwelt das größte Problem für die Integration der Behinderten dar. Dieser Welttag der Behinderten ist auch Anlaß an alle Verantwortlichen, insbesondere auch in den Kommunen, zu appellieren, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, damit diese Hindernisse beseitigt werden. Solange die Hindernisse bei öffentlichen Gebäuden, im Wohnungsbau, bei Verkehrseinrichtungen und Verkehrsmitteln nicht beseitigt sind, bleibt die Integration der Behinderten erfolglos.

(-/13.3.1981/ks/ca)

+ + +



Schwer verständliche Prinzipien

BDI-Geschäftsführer Mann verschweigt, was auf die Bürger zukäme

Von Dr. Wilhelm Nöbel MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik  
der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Im Reigen der falschen Propheten fehlte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Siegfried Mann. Nun ist er dabei: Die flächendeckende Verkabelung der Bundesrepublik müsse kommen, weil hochentwickelte Basistechnologien brachlägen, weil andere Industrieländer wichtige Innovationsvorsprünge, die wir heute hätten, aufholen würden, weil wir Exportchancen verspielten "mit ernstesten Konsequenzen für einen erheblichen Teil der über 300.000 Arbeitsplätze in der deutschen kommunikationstechnischen Industrie".

Diese Meldung erfolgt am Tage nach dem Elektroindustrie-Krach in Nürnberg, der deshalb entstand, weil eine Firma bereits Stereo-Zweikanalton-Fernsehgeräte auf den Markt gebracht hat, ohne daß auch nur ein einziger Kunde diese Neuigkeit nutzen kann. Aber auch die übrigen Firmen wollen bereits auf der Funkausstellung im September in Berlin mit diesem System auf den Markt, obwohl die Fernsehanstalten die erforderliche Umrüstung ihrer Studios erst 1983/84 vornehmen wollen.

Wie kann Mann besorgt sein über Verlust von Innovationsvorsprüngen, wenn in seinem eigenen Laden ohne Rücksicht auf Verluste - denn circa 650.000 plötzlich veraltete neue Fernsehgeräte liegen auf Lager -, ohne Rücksicht auf den Kunden, der das Allerneueste zwar kaufen, jedoch nicht gebrauchen kann, nach schwer verständlichen "Prinzipien" gearbeitet und gehandelt wird.

Oder sollen vielleicht die überfahrenen Kunden die ARD bedrängen, ihre dann mangelhafte Umrüstung sofort vorzunehmen. Natürlich, denn dieses öffentlich-rechtliche Fernsehen schläft. Dies ist der Eindruck, den Mann wünscht.

Jetzt kommt er mit der Verkabelung und verschweigt, daß nach wie vor zur Verbesserung des Empfangs und anderer technischer Verbesserungen verkabelt wird.



Mann verschweigt, daß der Bürger zur Kasse gebeten wird, und das nicht zu knapp. Er fragt auch nicht, ob dem Bürger eine hundertprozentige Kostensteigerung zuzumuten ist. Für welche Gegenleistung überhaupt? Wenn man daran denkt, daß allein die vier Kabelpilotprojekte cirka zwei Milliarden Mark kosten sollen! Mann sollte sich sowohl an qualitativen als auch an sozialen Maßstäben orientieren. Er sollte nach den finanziellen Grundlagen ebenso fragen wie nach den wirtschaftlichen, auch volkswirtschaftlichen Möglichkeiten.

Er müßte auch wissen, wenn er mit Arbeitslosigkeit droht, daß diese nicht nur auf abgeschwächte konjunkturelle Entwicklungen zurückzuführen ist. Gerade im Bereich der Informationstechnik - Stichwort Mikroprozessoren - liegt die größte Gefahr der Vernichtung von Arbeitsplätzen. In Millionenhöhe wird sie allgemein befürchtet.

Dann wieder dieses Schlagwort "Verkabelungsstop". Diesen gibt es nicht. Daß die Bundesregierung nichtig gehandelt hat, arbeitsmarktpolitisch und technologisch, indem sie die Flächenverkabelung von elf Städten in herkömmlicher, nämlich in wenigen Jahren total veralteter Verkabelungsart nicht realisiert hat, ist unbestreitbar.

Oder glaubt Herr Mann, es sollte sowohl herkömmlich mit Kupfer und ab 1985 parallel dazu mit Glasfaser verkabelt werden? Dort, wo heute mit Kupfer verkabelt wird, werden sehr bald die am meisten veralteten Kabel liegen, und zwar noch lange. Denn die neuen Kupferkabel von heute werden als letzte durch die unvergleichbar bessere, mit erheblich mehr Möglichkeiten ausgestattete Glasfaser ersetzt.

Nun sollte Mann nicht auch noch mit den eigentlichen medienpolitischen Fragen überfordert werden, mit den gesellschaftlichen und menschlichen Auswirkungen, von denen einst, nämlich 1871, der Russe Michael Bakunin, im Hinblick auf die wissenschaftsgläubige Gesellschaft gesagt hat sie werde "bald auf die tiefste Stufe des Blödsinns herabsinken".

(-/13.3.1981/hi/ca)

+

+

+



**DOKUMENTATION**

Auf einer Großkundgebung der SPD in Frankfurt führt der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Freitag unter anderem folgendes aus:

**Kohls Strategie zwischen Hoffen und Bangen**

Meinen Eindruck vom CDU-Parteitag Anfang dieser Woche in Mannheim kann ich in einem Satz zusammenfassen: Zu sagen hatten die Kollegen von der CDU wenig, aber das taten sie mit Überzeugung und in schöner Geschlossenheit. Was hat dieser CDU-Parteitag an wirklichen Aufschlüssen gebracht:

Erstens: Die CDU ist dagegen, daß SPD und FDP gemeinsam in Bonn regieren. Das ist nicht überraschend und gilt gewiß auch für Wiesbaden. Es erlaubt sogar nahtlose Übereinstimmung von Kohl mit Strauß.

Der zweite Punkt folgt logisch aus dem ersten: Die CDU möchte gerne wieder in Bonn regieren. Auch das ist verständlich. Aber noch gilt, was der Union zu begreifen so schwer fällt. Sieger einer Wahl ist nicht derjenige, der das Ergebnis nachträglich am kunstvollsten zu seinen Gunsten uminterpretiert, sondern wer die Mehrheit der Stimmen und der Mandate hat.

Im Ernst: Über die mageren sachlichen Ergebnisse des CDU-Parteitages lohnt nicht viel Streit. Kohls Strategie zwischen Hoffen und Bangen lautet so: Bedeckt halten, eigene Festlegungen vermeiden und auf Fehler der Koalition warten.

Ich bin gewiß der Letzte, der nicht zugeben würde, daß die Koalition und auch wir als SPD es durch vermeidbare Pannen und überflüssige Fehler in den vergangenen Monaten der Gegenseite leicht gemacht haben, sich zu verstecken. Und ich kann niemanden daran hindern, weiter im Windschatten darauf zu hoffen, daß ihm die ersehnte Macht in den Schoß fällt. Nur: diese Rechnung ist ohne die Sozialdemokraten gemacht, ohne ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Verantwortung. Wir haben - zusammen mit den Freien Demokraten - am 5. Oktober 1980 den Wählerauftrag für vier weitere Jahre erhalten, und wir werden ihn entschlossen wahrnehmen.

Dies bleibt übrig nach einem hochstilisierten Parteitag: Keine Alternativen, Opportunismus statt Opposition. Damit ist kein Staat zu machen.

Nicht nur wir Sozialdemokraten haben seit Jahr und Tag immer wieder beklagen müssen, wie sehr das politische Kräftemessen in unserem Land darunter gelitten hat, daß es an konkreten Alternativ-Vorstellungen der Opposition gefehlt hat. Auf die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft und auf neue Herausforderungen haben CDU und CSU ganz überwiegend ratlos, ja verständnislos reagiert. Diese Alternativlosigkeit und der Mangel an Sensibilität für neue Entwicklungen war aber wohl nie so deutlich spürbar wie in diesen Tagen. Nach dem gegenwärtigen Stand stellt sich mir die Lage so dar:

Die CDU meint, wir sollten jedenfalls mal rüsten und dann weitersehen. Wir von der SPD sagen: Auf jeden Fall muß verhandelt werden, ohne unsere Aufgaben im westlichen Bündnis zu vernachlässigen.

Die CDU verbreitet Europa-Lyrik und erweckt den Eindruck, es gehe jetzt darum, eine europäische Verfassung zu beschliessen.

Wir Sozialdemokraten sind nicht und waren nie gegen die Vereinigten Staaten von Europa, aber wir sind gegen wohlklingenden Selbstbetrug. Die Europäische Gemeinschaft muß sich bewähren in der Beschäftigungspolitik, in der Regional- und Strukturpolitik, in der Reform einer peinlich entarteten Agrarpolitik. Natürlich muß auch in der außenpolitischen Zusammenarbeit ergänzt werden, was sich ergänzen läßt. Und ich selbst bin seit langem dafür, alle geeigneten Fragen der europäischen Sicherheit dabei einzubeziehen. Die CDU macht es sich leicht, allzu leicht, indem sie der Bundesregierung all das anlasten will, was an weltwirtschaftlichen Belastungen zugekommen ist und weiter zukommen mag. Wir Sozialdemokraten stimmen dem DGB-Vorsitzenden Vetter und dem AfA-Vorsitzenden Rohde uneingeschränkt zu, wenn sie sagen: Die Verpflichtung, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat Vorrang vor anderen innenpolitischen



Forderungen. Die Auffassung, daß dies menschlicher und sozialer Verantwortung wie auch wirtschaftlicher Notwendigkeit entspricht, liegt auch dem Fünf-Punkte-Programm zugrunde, das der SPD-Vorstand kürzlich verabschiedet hat. Die CDU tut so, als seien alle Energieprobleme gelöst, indem man möglichst laut und umso "mehr Kernkraft" rufe - das berühmte "Ja ohne wenn und aber". Wir Sozialdemokraten machen es uns nicht ganz so einfach. Wir ringen um die Ausgewogenheit der unterschiedlichen Energieträger und fragen selbstkritisch: Was ist aus dem erstrebten Vorrang der Kohle geworden? Was aus der energischen Förderung von Alternativ-Quellen? Warum vor allem ist nicht mehr geschehen, damit vernünftiger mit vorhandener Energie umgegangen wird? Dies ist, nebenbei gesagt, immer noch eines der wichtigen Felder für zukunftssträchtige Investitionen.

Die CDU tut so, als habe sie angesichts der Wohnprobleme mit dem Schlagwort "Staffelmiete" das Ei des Kolumbus gefunden. Wir Sozialdemokraten gehen neu heran - hoffentlich nicht wieder erfolglos - an das Problem des spekulativen Umgangs mit Grund und Boden. Und wir stellen uns der selbstkritischen Auseinandersetzung um das, was auf den Gebieten von Sanierung und Modernisierung schiefgelaufen ist.

Im übrigen: Im Vorfeld des Mannheimer Parteitages war für die Sozialausschüsse das Wohnungsbauprogramm der CDU ein Skandal. Auf dem Parteitag wurden die Abänderungsanträge der Mannen um Blüm abgeschmettert und trotzdem stimmten letztlich auch die schärfsten Kritiker zu. Nicht das Ergebnis war also entscheidend, sondern die Einstimmigkeit, mit der es erreicht wurde. Macht ist Macht, auch wenn man von ihr träumt, und manche Blume wird inzwischen zum Blümchen.

Die CDU geht wahllos mit der Bezeichnung "Terroristen" um und will glauben machen, mit einem schärferen Demonstrationsrecht würden wir ein ruhiges Leben führen. Wir Sozialdemokraten stehen für die Beachtung der Gesetze im demokratischen Staat. Doch wir sind gegen autoritären Krampf und gegen die Kriminalisierung der jungen Menschen, mit denen man sich auseinandersetzen und denen man helfen muß.

Auch hier eine zusätzliche Bemerkung: Wer auf kritische Fragen und kritische Situationen nur mit Selbstgerechtigkeit und mit unverhältnismäßigem Einsatz staatlicher Gewalt antwortet, darf sich nicht wundern, wenn er aufläuft. Es geht auch nicht nur um junge Menschen. Ich jedenfalls möchte nicht erleben müssen, daß in unserer Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit unbequemen Herausforderungen durch Gesinnungen vom Schlage des Herrn Tandler bestimmt wird. Es ist kein Zeichen von Stärke, sondern von politischer Schwäche, wenn Protest überwiegend mit einer Ausweitung des Arsenal der Polizei begegnet werden soll. Ich halte das auch für eine Zumutung für die Polizisten, die sich mit Recht dagegen wehren, von hilflosen Politikern in eine durchaus bedenkliche Rolle gedrängt zu werden.

Es bleibt dabei: Wer sich nicht die Fähigkeit bewahrt zu differenzieren zwischen solchen, die Gewalt anwenden (und dafür zur Rechenschaft gezogen werden müssen) und jenen, die für ihre Vorstellungen mit friedlichen Mitteln demonstrieren, der löst nicht die Konflikte, er verschärft sie. Denn nicht derjenige nützt dem Rechtsstaat am besten, der ihn am lautesten beschwört.

Und auch noch dies: Die CDU will, daß kapitalmächtige Einflüsse sich geltend machen können, um uns über ausländische Satelliten mit Fernsehprogrammen zu berlesen. Wir Sozialdemokraten sind nicht dafür, daß die deutschen Bürger gegängelt werden. Wir sind jedoch dagegen, daß kapitalmächtige deutsche Verlegergruppen sich dem deutschen Recht entziehen und zum Beispiel von Luxemburg aus machen, was sie in der Bundesrepublik nicht dürfen, wenn sie nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten wollen. (-/13.3.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

